

Medienmitteilung

Delegiertenversammlung der BDP Schweiz in Weinfelden

Erfolgsmodell Schweiz braucht die BDP als moderne Kraft der bürgerlichen Vernunft

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP hat sich heute in Weinfelden zur ersten Delegiertenversammlung in der neuen Legislatur getroffen. Parteipräsident Martin Landolt betonte in seiner Rede, dass das Erfolgsmodell Schweiz lösungsorientierte Kräfte wie die BDP als moderne Partei der bürgerlichen Vernunft mehr denn je brauche. Einen starken Beweis hat die BDP bereits erbracht, indem sie mit ihrem Zeitvorsorgesystem ein wichtiges nationales Reformprojekt lanciert. Zudem fasste die BDP dreimal die NEIN-Parole: NEIN zur Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe, NEIN zur Juso-Spekulationsstoppinitiative und NEIN zur AHVplus-Initiative.

BDP-Parteipräsident Martin Landolt betonte in seinem [Referat](#), dass die Schweiz dringend lösungsorientierte Kräfte brauche, welche die Werte der Schweiz verteidigen, auch wenn dies phasenweise nicht so populär sei. „Die BDP gehört als moderne Partei der bürgerlichen Vernunft zu diesen Kräften. Sie ist ein Zahnrad im System der Schweizerischen Politik, das ohne das Zutun der bürgerlichen Mitte zu einem Leerlauf würde.“

Zeitvorsorgesystem als nationales Reformprojekt

Die BDP hat im letzten September mit einer [Parlamentarischen Initiative](#) ein weitsichtiges Generationenprojekt lanciert, das ein [Zeitvorsorgesystem](#) flächendeckend einführen will. Sowohl die junge Generation, wie auch Menschen in der sogenannten Nacherwerbsphase sollen in Form von Zeitgutschriften Anreize erhalten, sich für die Betreuung älterer Menschen zu engagieren. Und mit diesen Zeitgutschriften können sie später selber entsprechende Betreuungsleistungen beziehen. Dabei entstehen äusserst wertvolle soziale Netzwerke und Begegnungen. Und im Gesamtsystem kann ein massiver Anstieg der Betreuungskosten verhindert werden. Es gibt in der Praxis bereits verschiedene gute Beispiele von lobenswerten Eigeninitiativen und Pilotprojekten. Besonders erfolgreich ist das [Zeitvorsorgeprojekt](#) in St. Gallen, wie deren Geschäftsführerin Priska Muggli heute den BDP-Delegierten eindrücklich aufgezeigt hat. Solche Innovationen müssen nun durch ein nationales Reformprojekt geschützt und gesichert werden. Die Zeit ist deshalb reif für eine landesweite, politisch breit abgestützte Lösung.

NEIN zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Die BDP-Delegierten lehnen die CVP-Initiative mit 104 zu 13 Stimmen (5 Enthaltungen) ab. Zwar wird die Abschaffung der Heiratsstrafe von der BDP grundsätzlich unterstützt. So wie diese Initiative angedacht ist, profitieren aber trotz massiven Steuerausfällen gerade mal 2% der Ehepaare davon. Zudem ist die Verankerung der Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau nicht mit der gesellschaftsliberalen Haltung der BDP zu vereinbaren.

NEIN zur Spekulationsstoppinitiative

Die Initiative ist undurchführbar, überflüssig und auf der falschen Ebene angesiedelt. Eine verstärkte Regulierung ist unnötig. Die BDP sagt deshalb mit 110 zu 5 Stimmen (4 Enthaltungen) deutlich NEIN. Eine nationale Verfassungsbestimmung macht im globalen Handel mit Nahrungsmitteln keinen Sinn und hätte weitreichende Folgen. Betroffene Unternehmen würden sich der nationalen Regulierung ganz einfach durch einen Umzug ihrer Hauptsitze ins Ausland entziehen, was den Wirtschaftsstandort Schweiz



schwächen würde. Die BDP ist sich bewusst, dass gerade in der Rohstoffbranche noch das eine oder andere verbessert werden muss, aber diese Initiative ist einmal mehr der völlig falsche Weg.

NEIN zur AHVplus-Initiative

Mit 117 zu 1 Stimme (4 Enthaltungen) ebenfalls ein deutliches NEIN beschlossen die BDP-Delegierten bei der AHVplus-Initiative. Diese verschlimmert, verschlechtert und verzögert eine nachhaltige Altersvorsorge für künftige Generationen. Sie ignoriert die demografische Entwicklung völlig und hätte zur Folge, dass die Ausgaben der AHV ab Inkraftsetzung im Jahr 2018 um jährlich über 4 Milliarden, später gar um 5.5 Milliarden Franken steigen würden. Die BDP hat im Rahmen der Altersvorsorge 2020 mit einem Massnahmenpaket bereits mehrfach pragmatische Vorschläge und Verbesserungen für eine nachhaltige Altersvorsorge auch für die künftigen Generationen gemacht. So will die BDP eine Entpolitisierung des Rentenalters, gleiches Rentenalter für Frauen und Männer sowie eine bessere Einbindung der über 50-Jährigen im Arbeitsprozess.

Die NEIN-Parole zur Durchsetzungsinitiative und die JA-Parole zur 2. Gotthardröhre hat die BDP bereits an ihrer letzten Delegiertenversammlung Ende Oktober gefasst. Die Referate und alle Unterlagen der heutigen Delegiertensammlung finden Sie auf unserer Homepage unter www.bdp.info.

Auskunft:

NR Martin Landolt, Präsident, 079 620 08 51

Sandra Bellani, Vizepräsidentin, 079 223 07 26

NR Lorenz Hess, Vizepräsident, 079 356 59 26

NR Rosmarie Quadranti, Fraktionspräsidentin 079 865 66 11

30.01.2016